



*Das Schwarz
ist nicht
schwarz genug! (→ SPD-Druck)*

Herausgegeben von der Ickinger SPD

29. Jahrgang, September 2009 | Nr. 81

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Wir haben die Europawahl hinter uns und vor uns liegt die Hoffnung auf ein besseres Abschneiden bei der Bundestagswahl. Was Europa betraf, gaben die Ickinger hauptsächlich der CSU ihre Stimmen, an zweiter Stelle den Grünen und schließlich der SPD und der FDP. Bei den derzeitigen Wahlprognosen zur FDP fallen mir immer wieder folgende Sätze aus den glossierten Managementregeln ein: »...Belobigung der Unbeteiligten«. Und aus anderer Quelle dieses »...der Kampf gegen die Macht ist der Kampf gegen das Vergessen«. Vergessen wollen wir immer. Wir wollen vergessen, dass die totale Liberalisierung des globalen Geldmarktes verantwortlich ist für die aktuelle Krise. Wir wollen vergessen, dass es auch die Vertreter des totalen Liberalismus sind, die nun die Gemeinschaft in die Haftung für die privaten Verluste der Banken nehmen wollen. Nicht zu vergessen, noch niemals in der Geschichte der Bundesrepublik erlebten wir eine Krise dieses Ausmaßes.

Vergessen wir aber doch bitte auch nicht:

- Peer Steinbrück hat als Finanzminister in der ersten Reihe derer gestanden, die einen Schutzschild über diese Republik gehalten haben.
- Olaf Scholz hat mit seinen Maßnahmen die Beschäftigung tausender Menschen erhalten – anders als der Wirtschafts-



Arndt Spahn
1. Vorsitzender
SPD-Icking
Elternbeirat
Grundschule

minister, der lieber über Insolvenzen die existenzielle Gefährdung vieler Familien in Kauf nimmt.

- Dagegen hat Sigmar Gabriel mit seinen Programmen zur alternativen Energie einem neuen Wirtschaftszweig zu weiterem Wachstum verholfen und damit viele Arbeitsplätze geschaffen.

Gerade wegen dieser Maßnahmen zeichnet sich eine Erholung der Wirtschaft frühzeitiger als erwartet ab.

Deutsche Unternehmen haben sich auch bisher schon im Bereich effizienter Energieerzeugung qualifiziert und globale Wettbewerbsvorteile errungen. Es wäre falsch, sie mit den Herausforderungen in diesen Wachstumssegmenten allein zu lassen. Hier setzt – neben den Vorschlägen für den Dienstleistungs- und Bildungssektor – auch der Teil der Vision der SPD an, die die mittelfristige Neuorientierung der Wirtschaft zum Ziel hat.

Zukunft braucht Visionen

Es ist die Aufgabe der Politik, langfristige Konzepte für die Entwicklung unserer sozialen Marktwirtschaft zu entwickeln. Wir wissen, dass die Vision der SPD zielführend ist, um die seit Jahren anhaltende Arbeitslosenquote nachhaltig zu senken und den Umbau der deutschen Wirtschaft zu unterstützen.

Unser Programm ist eine Investition in die Zukunft.

Vielleicht doch ein guter Grund, die SPD – mit F. W. Steinmeier an der Spitze – zu wählen.

INHALT

2	Qual der Wahl
3	Meinung
4	Interview mit K. Barthel
6	Wahlprogramm der SPD
6	Schule und Energie
7	Kombiklasse
8	Gesetz zur Patientenverfügung
9	Ickinger Theater
9	Wohnen im Schloss
10	Nachgefragt – Erbpacht im EHM
11	Ihre 823,-€ sind weg
12	Jugendseite
8	Impressum

Qual der Wahl?

Von Lisa Häberlein

Am 27. September wird der Bundestag neu gewählt und damit die neue Bundesregierung. Zur Wahl stellen sich mit Chancen auf den Einzug in den Bundestag die Parteien SPD; CDU/CSU, FDP, Grüne und Linke.

Fünf Alternativen, fünf Chancen?

Keineswegs, denn aller Voraussicht nach wird sich auch nach dieser Bundestagswahl wieder die Koalitionsfrage stellen.

Große Koalition

SPD und CDU/CSU stellen heute noch eine große Koalition. Wir hatten uns Einiges von dieser Koalition versprochen: Bewegung in den sozialen Sicherungssystemen, Lösung der drängenden Fragen in der Gesundheitspolitik, Klärung der Generationengerechtigkeits- und Rentenfrage, Optimierung unserer föderalen (Bund/Länder)-Prinzipien. Vieles wurde angepackt und auf den Weg gebracht:

Die Kompetenzen von Bund und Ländern wurden optimiert (1. Stufe der Föderalismus-Reform), Überschneidungen abgebaut, allerdings mit vielen weißen Flecken in der Bildungspolitik, Schulen und Umwelt. Die 2. Stufe mit verbindlichen Schuldenregelungen für Bundes- und Landeshaushalte wurde vorbereitet. Der Riester-Faktor zur Rentendämpfung wurde 2004 eingeführt, aber im Jahr 2008 gleich wieder ausgesetzt.

Der Gesundheitsfonds wurde eingeführt und führte in Bayern flächendeckend zu einer Anhebung der Beiträge für die Versicherten. Die Ärzte in Bayern verdienen trotz erheblicher Klagen nicht weniger, die Pharmaindustrie verdient ebenfalls noch gut genug. Die Weltwirtschaftskrise im Herbst 2008 verhagelte zusätzlich die Bilanz der Koalition. Mit Milliardenhilfen mussten Banken gestützt werden, dies riss erhebliche Löcher in den Bundeshaushalt und die Landeshaushalte.

Die SPD hat in allen Fragen Erhebliches geleistet. Sie stellt mit Peer Steinbrück den Finanzminister, der kompetent und



kritisch die Unterstützungsleistungen an Banken, Automobilwirtschaft und Zulieferer dirigiert. Sie stellt mit Ulla Schmidt eine äußerst streitbare Gesundheitsministerin, die zwar den Gesundheitsfonds nur als das kleinere Übel begriffen, ihn aber durchgekämpft hat – trotz massiver, persönlicher Angriffe durch politische Gegner und Lobbyisten. Sie stellt zudem mit Olaf Scholz den Arbeitsminister, der gerade bei Rentnern sensibles Gespür bewiesen hat. Sie ist als der kleine Koalitionspartner in den Augen vieler Wähler ein Sündenbock. Aber die SPD ist auch ein Garant dafür, dass es nach der Wahl nicht zu einer Gesundheits-, Steuer- und Verteilungspolitik kommt, die die echte Armut in unserem Land stark ansteigen lässt.

Wer die große Koalition bestehen lassen will, der muss SPD wählen!

Kleine Koalitionen – FDP und CDU/CSU

Die FDP hat den Rückenwind der Krise genutzt, um sich als Garant marktwirtschaftlicher Mechanismen in Stellung zu bringen. Aber haben wir nicht alle gelernt, dass die Finanzwirtschaft, die Pharmaindustrie, die Düngemittel- und Agrarindustrie Grenzen brauchen?

Die Bundesregierung wird nach der Bundestagswahl in jedem Fall nochmals ein »böses Erwachen« erleben. Da sind dann weniger markige Worte als vielmehr geschicktes und überlegtes Handeln gefordert. Die FDP wird die CDU/CSU stimulieren, mehr mit Lobbyisten-Verbänden zusammenzuarbeiten und ihnen nicht ausreichend »contra« zu bieten. Dabei ist eine Politik des »contra« nicht automatisch kontraproduktiv. Die Bundesregierung ist vielmehr gefordert, überlegend, steuernd und nicht allein zugunsten von wirtschaftlich oder sozial starken Gruppen zu entscheiden.

Diese kleine Koalition wird mit Sicherheit einen »neuen« Politikstil pflegen, ich erteile ihr aus diesem Grund eine Absage.

Grüne und CDU/CSU

Die Grünen sind umweltpolitisch klar auf einen Kurs ohne Kernkraft festgelegt. Sie haben allerdings in Hamburg den Bau eines neuen Kohlekraftwerks widerstrebend geduldet und auch bei mehreren großen Straßenbauprojekten sowie den Vereinbarungen zur Stützung der HSH Nordbank nicht dagegen gestimmt. Wirtschafts- und sozialpolitisch sind die Grünen als Partei kaum einzuordnen. Die

Foto: © Stefan Rajewski - Fotolia.com

Grünen diskutieren und finden ihre Beschlüsse auf Parteitag, müssen diese aber je nach Koalitionspartner in den Ländern wieder in Frage stellen. Diese Basisdemokratie hat dazu geführt, dass die Grünen in den meisten Politikfeldern ohne klares Profil sind und jeweils nur als Persönlichkeiten gewählt werden. Damit können sie auch kein Korrektiv oder kein Sparringspartner für eine Volkspartei wie die CDU/CSU sein, der es zudem ebenfalls an einem klaren sozialpolitischen Konzept mangelt.

Für die Bewältigung der derzeitigen Krise ist das zu wenig.

Grüne, SPD und FDP

Ist die SPD stark genug, um Partner wie die Grünen (sympathisch, aber profillos) und die FDP (marktorientiert, lobby-

stisch) einbinden zu können? Sicher ist, dass sich SPD und FDP in der Mitte treffen könnten. Die sozialliberale Fraktion in der FDP ist zwar geschwächt, aber nicht ausgestorben. Die Einbindung der Grünen in eine solche kleine Ampel ist über regionale Netzwerke, aber auch mit starken Führungspersönlichkeiten der Grünen wie Claudia Roth, Renate Künast, Cem Özdemir möglich.

Ob diese Koalition aber über vier Jahre handlungsfähig bleiben kann, ist offen.

Koalitionen wählen setzt also taktisches Denken voraus

Wir wählen am 27. September Personen, die in Netzwerke der Parteien eingebunden sind. Wir müssen diesen Kandidaten für ein Bundestagsmandat ihre Verantwortung mitgeben, müssen sie in die



Lisa Häberlein
in der SPD-Icking –
Jugendarbeit,
Wirtschaft, Ickinger
Forum

Pflicht nehmen, eben auch, was künftige Koalitionen angeht. Nutzen wir, nutzen Sie die Angebote zum Diskutieren: ohne den Besuch von Informationsveranstaltungen, Diskussionen zur Wahl und auch Biertisch-Gespräche geht es nicht. Tun Sie es, gehen Sie hin.

Und überlegen Sie genau, welcher Koalition Sie dann den Rücken stärken wollen.

MEINE MEINUNG

Zur Bundestagswahl am 27.9.09

Von Alfred von Hofacker

Der Wahlkampf geht in seine Endphase und immer noch gibt es eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, die nicht festgelegt sind, welcher Partei sie ihre Stimme geben.

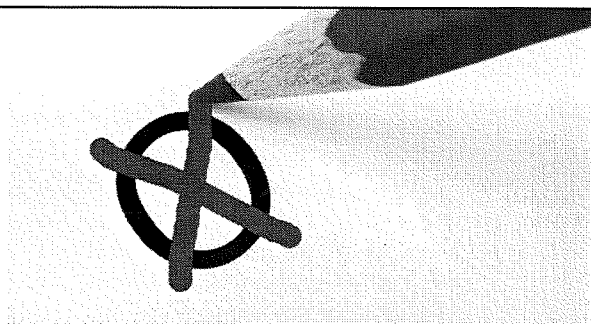
Die Parteien der großen Koalition haben sich während des Wahlkampfes bemüht, sich voneinander abzugrenzen. Die CDU/CSU ist wild entschlossen, mit der FDP nach dem 27.09.2009 eine neue »große Koalition« einzugehen. Die SPD liebäugelt mit den Grünen und die Linken sehen sich wohl weiter in der Opposition.

Ist die FDP nun wirklich der Traumpartner für Angela Merkel, mit Herrn Westerwelle als Außenminister und wem auch immer als Wirtschaftsminister? Denn diese beiden Ressorts werden sicherlich von der FDP beansprucht. Ist eine Partei, die mit dem Slogan wirbt »Wer mehr will, wird Mitglied der FDP« wirklich der Partner, mit dem uns die CDU/CSU aus der Krise führt? Seien wir doch einmal ehrlich: die große Koalition hat sich in der Krise bewährt mit Herrn Steinmeier als Außenminister, Herrn Steinbrück als Finanzminister, Herrn zu

Guttenberg als Wirtschaftsminister und Herrn Gabriel als Umweltminister, um nur einige zu nennen. Wollen wir wirklich den Wechsel? Ist es da nicht vernünftiger, die bisherigen Entscheidungsträger in der politischen Verantwortung zu belassen, anstatt mit einer neuen, nicht krisenbewährten Koalition aus CDU/CSU und FDP in eine ungewisse Zukunft zu gehen?

Lassen wir uns jedenfalls durch unseriose Wahlversprechen – wie kurzfristige Steuerenkungen – nicht den Blick für die politische Realität trüben!

**Und vor allem – wählen gehen oder
Briefwahl beantragen!**



Klaus Barthel – Bundestagskandidat der SPD

Das etwas andere Porträt

Exklusivinterview für den Ickinger Schaukasten

Das Gespräch führten: Lisa Häberlein und Arndt Spahn

Herzlich willkommen in Icking, Klaus, und hier ist gleich die erste Frage:

SK: Wie wird man eigentlich Politiker?

KB: Heutzutage auf jeden Fall, wenn man jung ist, interessiert an der Politik und natürlich weiblich! Aber im Ernst: zur Politik gehört ein gewisses Sendungsbewusstsein, eine »Mission«, ein Lebensziel oder wie man das auch immer nennen mag. Sei es ein konkreter Anlass oder eine Lebenseinstellung, jedenfalls jenseits reinen Karrierestrebens. Wir brauchen unbedingt mehr politisch denkende Menschen!

Du bist sogar Berufspolitiker. Hattest Du Dir das alles so vorgestellt? Wolltest Du das schon als Jugendlicher werden?

Nein, ich hätte mir so was nie vorstellen können, im Bundestag zu landen oder im Vorstand der bayerischen SPD oder in einer anderen herausgehobenen Funktion. Alles fing so um 1969 an, als ich noch Schüler war. Ich empfand die Schule als furchtbar autoritär und das ganze Bildungssystem für verbesserungswürdig. Damals begann die Bewegung der SPD »Mehr Demokratie wagen« und das war genau mein Thema an der Schule. Und es setzte sich fort mit dem Ruf nach mehr Chancengleichheit. Später beim Studium wurde das auch aus wirtschaftlicher Sicht zu meinem Thema. Gerechtigkeit und Zukunft, das sind für mich Ziele, bei denen die Zeit nicht stehen bleibt.

Klaus, Du bist in München geboren und zur Schule gegangen und hast auch in München studiert. Was hat Dich denn nach Kochel verschlagen?

Das war wirklich so: Bei meinen Eltern in Moosach wollte und konnte ich in der engen Wohnung nicht mehr leben. Ein Appartement in München war schon damals unvorstellbar. Ich kam in Kontakt zu Leuten, »wir gründeten eine WG und fuhren (mit dem Auto) zusammen zum Studium nach München. Das war eine lustige und abenteuerliche Zeit.

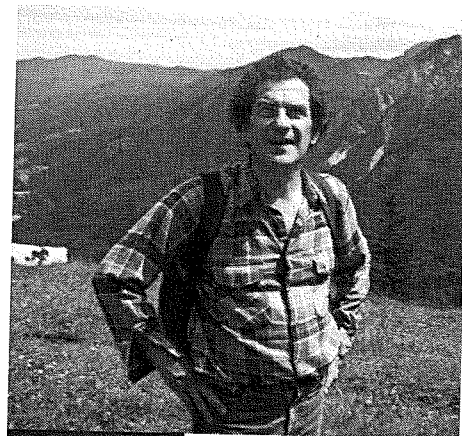
Hast Du denn München und seine Szene nicht vermisst, Studentenkneipen und den Groove in Schwabing und Haidhausen?

Ja, davon habe ich zu wenig mitgekriegt. Damals hat mich das auch weniger interessiert. Die Berge und eine Art offene Jugendarbeit, wie man das heute nennen würde, in Kochel, das war für mich genug!

Hast Du dann überhaupt Hobbies? Was tust Du in Deiner Freizeit, was interessiert Dich besonders?

Na ja, das klingt jetzt etwa so, als hätte ich nur studiert und politisiert. Immer noch gehe ich gern ins Kino, wandere gern, fahre gern Radl und auch Ski. Wir haben ja in Kochel unser kleines Programm-Kino gegründet, für mich ist das Kult.

Klaus, Du bist stellvertretender wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD und Landesvorsitzender des Arbeitskreises für Arbeitnehmerfragen. Siehst Du darin auch ein inneres Konfliktpotential?



Kurzprofil

Name	Klaus Barthel
Alter	53
Geboren in	München
Wohnhaft in	Kochel
Beruf	Gewerkschaftssekretär

- ▶ Im Bundestag seit 1994
- ▶ Stellvertretender wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD
- ▶ Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
- ▶ Präsidiumsmitglied der bayerischen SPD

Nein, darin sehe ich keinen Widerspruch. Wirtschaftspolitik kann nur unter dem Gerechtigkeitspostulat funktionieren. Gerechtigkeit bedeutet für mich nicht nur Umverteilung, sondern auch Generationengerechtigkeit, Sicherheit, Schutz und das Oberziel eines friedlichen Zusammenlebens in der Gesellschaft. Falsche Verteilung führt zur Krise, wie wir gerade sehen.

Obwohl Du in Berlin tätig bist, spendest Du viel Zeit für die Probleme in Deinem Wahlkreis. Käme eine gute Fee und Du hättest einen Wunsch frei, was würdest Du Dir wünschen?

~~0~~09

Sie finden Klaus Barthel
auf Ihrem Stimmzettel am
27. September in der

Liste SPD auf Platz 5

Da müsste ich erst darüber nachdenken, denn es gibt so viele wichtige Dinge, die ich mir für die Menschen hier wünsche, dass ich gar nicht weiß, wo ich anfangen soll.

Wann – glaubst Du – kann die SPD auch in Bayern so weit kommen, dass sie regierungsfähig wird? Welche Voraussetzungen müssen dafür zutreffen?

Immer gilt: Die Menschen müssen sich bei uns besser aufgehoben fühlen, sie müssen wissen, dass wir für sie einstehen. Im Besonderen: Wer versucht, es allen recht zu machen, kann nur scheitern. Das gilt auch für die SPD. Wir haben ein verbesserungsbedürftiges Profil in der Bildungspolitik, für mich ist das ein Schwerpunktthema. Wir haben in der Umweltpolitik an Profil verloren: Das müssen wir verbessern. Und wir dürfen den Wählern nicht vorlügen, in der Wirtschaft würde alles ohne Staat besser: Da können wir, da müssen wir mehr tun!

An welchem politischen Ziel will Klaus Barthel gemessen werden? Was ist Dir besonders wichtig in der SPD?

Authentizität, das ist es, woran ich gemessen werden möchte. Die Übereinstimmung von Reden und Handeln. Ich denke, deshalb wurde ich auch zunächst als Bildungspolitiker und nun als Wirtschaftspolitiker und Vertreter der Arbeitnehmer in zwei unserer wichtigsten Gremien berufen.

Vielen Dank für das Gespräch, Klaus, wir haben hier noch einige Stichwörter notiert.

Was fällt Dir ein zu...

bayerische Schulpolitik

Desaster ohne Perspektive verhindert neue, zukunftsorientierte Lösungen.

Börsenumsatzsteuer

Liegt im Promillebereich und wird Kleinanleger nicht wesentlich tangieren.

Steuerprogression

Unser Vorschlag, den Spitzensteuersatz zu erhöhen, soll erst ab einem Jahreseinkommen von 125 000 für Singles und 250 000 für Ehepaare gelten. Eine höhere Progression für den so genannten Mittelstandsbauch ist gerade eben nicht vorgesehen. Untere Einkommen sollen entlastet werden.

Altersarmut

Die Einführung des Mindestlohnes ist ein Mittel, diese zu verhindern.

Generationengerechtigkeit

Als einzige Partei hat sich die SPD dieses Ziel in ihr Wahlprogramm geschrieben. Auf Kosten anderer zu leben – besonders unserer Kinder – gehört sich nicht, sei es das Thema Atom-Müll, seien es Schulden, seien es vertane Chancen.

Zeitarbeitsverträge

Es wird damit viel Missbrauch betrieben, bedarf dringend einer besseren gesetzlichen Regelung.

Praxis der Praktikantenverträge für junge Menschen

What I say is equal pay, d. h. gleiche Bezahlung für gleiche Leistung.

Milchquote/Milchpreis

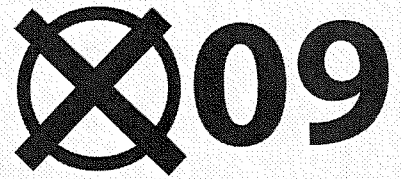
Politisch verfehlt und verantwortungslos, den Bauern auf Dauer eine Milchquote zu versprechen. Die Bauern sollen für ihre Leistungen, also z.B. den Erhalt der Natur entlohnt werden. Warum weiterhin über den Umweg über Produkte, die nicht in dieser Menge gebraucht werden.

Grüne

Die SPD hat vor 20 Jahren schwere Fehler gemacht – gerade in der Debatte zur Kernenergie. Jetzt holen diese Fehler sie wieder ein. Aber die Grünen: außer in der Umwelt- und Energiepolitik haben sie keine klaren Ziele. Ohne eine starke SPD geht auch bei den Grünen nichts voran.

SPD-Wahlprogramm

Das neue Jahrzehnt stellt uns vor viele Aufgaben. Diese acht Ziele stehen für uns jedoch im Mittelpunkt:



- 1** Alle sollen Arbeit haben, gerecht entlohnt.
- 2** Alle Jugendlichen sollen einen Schul- und Bildungsabschluss haben.
- 3** Wir wollen die Klimaziele erreichen und die umfassende ökologische Modernisierung der Infrastruktur, der Gebäude, des Kapitalstocks in unserem Land voranbringen.
- 4** Wir wollen Familien stärken. Sie sind die wichtigste soziale Einheit in unserer Gesellschaft.
- 5** Wir wollen die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen weiter voranbringen.
- 6** Integration ist eine zentrale Aufgabe für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Ihr Gelingen entscheidet sich in den Städten und Gemeinden. Besonders die Kinder und Jugendlichen wollen und müssen wir erreichen.
- 7** Europa soll nicht nur wirtschaftlich stark sein, sondern eine klare soziale Ordnung haben.
- 8** Wir wollen einen Neustart der Sozialen Marktwirtschaft.

Es lohnt sich, dafür wählen zu gehen!

Mehr zum Regierungsprogramm der SPD und zu den Menschen, die dahinter stehen, finden Sie im Internet unter:

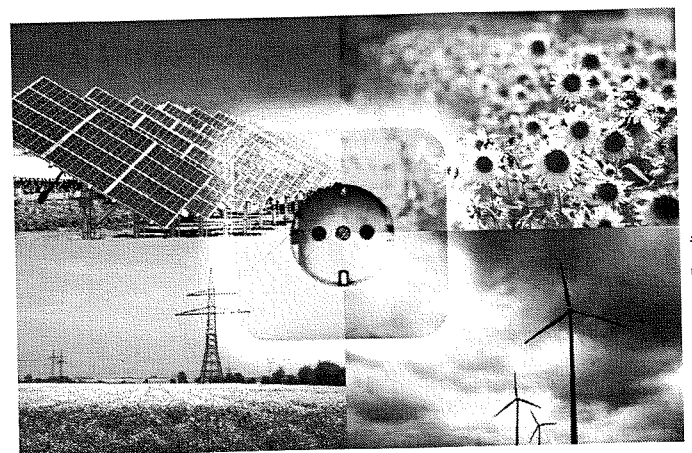
www.wahlkampf09.de und www.spd.de

Sonne – voll Energie

In Wasser, Pflanze, Wind und Erde Projektwoche für die Grundschule Icking

In diesem einwöchigen unterrichtsbegleitenden Seminar lernen die Kinder, welche grundlegenden Möglichkeiten bei der Anwendung regenerierbarer Energiequellen denkbar sind, wie man mit Energie wirtschaftlich umgeht und was ein Solarkocher ist.

Erfreulicherweise hat sich das Lehrerkolloquium der Grundschule noch unter der Leitung der Rektorin Frau Schäfer entschlossen, dieses auf die Kinder zugeschnittene Umweltprojekt umzusetzen. Auch der Elternbeirat der Grundschule hat sich einstimmig für dieses Projekt ausgesprochen. Die Energiestiftung Oberland und das Zentrum für Umwelt und Kultur in Benediktbeuren finanzieren dieses Vorhaben. Wir freuen uns, dass unsere Bemühungen um dieses Projekt erfolgreich waren, weil wir meinen, die Sensibilisierung für den Schutz unserer Umwelt und den wirtschaftlichen



Umgang mit den natürlichen Ressourcen kann nicht früh genug beginnen.

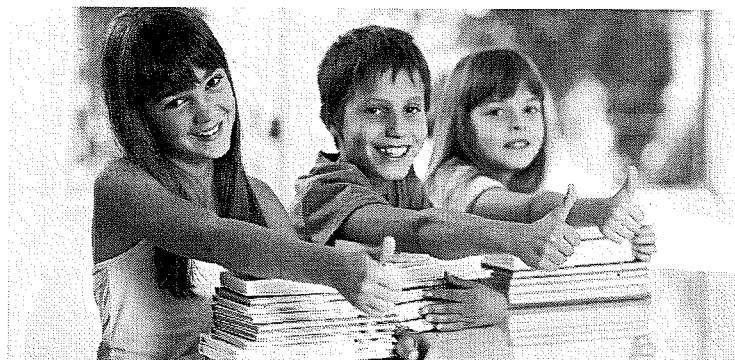
*Arndt Spahn
Ortsverein der SPD Icking, Stiftungsmittglied der
Energiewende Oberland*

Konzertierte Aktion der Ickinger Eltern verhindert Kombiklasse

Durch gemeinsame Aktionen einer geschlossenen Elternschaft von Schule und Kindergärten, aber auch mit Unterstützung der Bürgermeisterin konnte im letzten Augenblick für das Schuljahr 09/10 die Kombiklasse verhindert werden. Unter der Leitung von Herrn. H-U. Pfaffmann (SPD) entschied der zuständige Ausschuss, der Petition zweier Ickinger Bürgerinnen und den Forderungen des offenen Briefes der Eltern an alle Landtagsfraktionen und die bayrische Regierung stattzugeben, um die Entscheidung des Schulamtes bzgl. der Einführung der Kombiklasse an der Grundschule Icking zurückzunehmen.

Am Anfang war Resignation

Ich kann mich noch gut an den Beginn der Geschichte erinnern, auch dass im Elternbeirat zunächst eine gewisse Resignation herrschte, bedingt durch das Wissen um die vielen nicht erfolgreichen Petitionen und Aktionen in anderen Ortschaften. Einige Eltern wollten sich jedoch nicht kampflos ergeben und nicht immer nur zu Konzessionen bereit sein. Es folgte ein Besuch der Elterndelegation im Schulamt und sie brachte einen Hoffnungsschimmer nach dem Motto »noch ist nichts entschieden«. Und dann die kalte Dusche: die Infoveranstaltung



des Schulamtes und die Entscheidung, dass es in Icking aus Sparsamkeitsgründen die Kombiklasse geben werde und lediglich die Politik diese Entscheidung noch beeinflussen könne. Eventuell war dies nicht so ganz ernst gemeint, da es 2007 bereits über 380 Kombiklassen in Bayern gab und das Schulamt sich sehr sicher fühlte, da es ja nur im Auftrag des Staatsministeriums handelte.

Der Bürgerwille setzt sich durch

Aber nun regte sich wirklich der Wille der mündigen Bürger. Eine Gruppe Eltern entwarf den besagten offenen Brief. Eine Gruppe sammelte 130 Unterschriften, um das Vorhaben zu unterstützen. Zwei Eltern reichten letztendlich eine entscheidende Petition ein. Kindergarteneltern weigerten sich, ihre Zustim-

mung zur Einschulung ihres Kindes in die Kombiklasse zu geben. Wir aktivierten unsere Kontakte in der SPD-Landtagsfraktion. Frau Menrad unterstützte die Aktion in einem eigenen Schreiben. Einen Tag, bevor der Ausschuss tagte – so hörte man – erhielt die Bürgermeisterin ein Schreiben des Staatsministeriums, in dem sie gebeten wurde, doch die Einführung der Kombiklasse zu unterstützen.

Pech gehabt, Herr Staatsminister! Wir Ickinger Bürger haben zumindest in diesem Jahr die Schlacht für unsere Kinder gewonnen. Dafür meinen Dank an alle, die mitwirkten, unseren Kindern die Chancengleichheit zu erhalten.

Arndt Spahn
Ein Vater

(Auf)gelesen ZEIT MAGAZIN 23.7.09

Aus einem Gespräch mit dem
Wirtschaftswissenschaftler Ernst Fehr

Wann zerbricht eine Gesellschaft an ihrer Ungerechtigkeit?

Wenn sie an ihrer eigenen Ideologie scheitert. Das Problem ist nicht die Ungleichheit an sich, sondern ob Sie diese rechtfertigen können. Bei uns wurde sie durch Leistung legitimiert. Jahrzehntlang haben die Menschen gehört, dass belohnt wird, wer besonders hart arbeitet oder besondere Fähigkeiten hat, also der Gesellschaft nützt. Nun aber stellt sich heraus, dass gewisse Spitzenmanager ihre riesigen Einkommen kaum wegen ihrer vortrefflichen Leistung bezogen. So etwas kann das Selbstverständnis einer ganzen Gesellschaft erschüttern. Wir stecken nicht nur in einer wirtschaftlichen, sondern viel viel mehr noch in einer moralischen Krise.

Wechsel im Rektorat der Grundschule

Arndt Spahn

Zum Schuljahresende verließ nach fünf Jahren die Rektorin Frau Schäfer unsere Grundschule. In diesen Jahren wirkte sie erfolgreich und zum Nutzen unserer Kinder. Wir wünschen ihr für ihre neue Aufgabe viel Erfolg und bedauern ihr Ausscheiden. Mit dem neuen Schuljahr berief das Schulamt Herrn Anton Höck aus Schäftlarn als neuen Rektor, dem wir ein langes und erfolgreiches Engagement an unserer Grundschule wünschen und den wir hiermit auch herzlich begrüßen.

Das neue Gesetz zur Patientenverfügung

Von Alfred von Hofacker

»Herr lehre uns bedenken, dass wir sterben müssen, auf dass wir klug werden.«

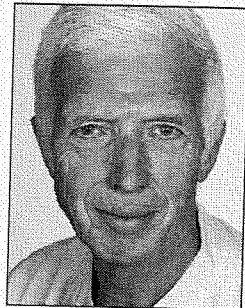
Diesen Satz aus dem 90. Psalm hat sich der Deutsche Bundestag nun doch noch zu Herzen genommen. Nach jahrelangem Ringen um ein Gesetz zur Patientenverfügung, in deren Verlauf drei Entwürfe von Abgeordneten mehrerer Parteien eingebracht wurden, entschied sich der Bundestag in seiner Sitzung am 18. Juni 2009 mit überzeugender Mehrheit für den Entwurf, für den der Abgeordnete der SPD, Joachim Stünker, verantwortlich zeichnete.

Das neue Gesetz im Einzelnen

Ich möchte im Folgenden das neue Gesetz kurz erläutern, mit dem die Patientenverfügung Eingang in das bürgerliche Gesetzbuch (BGB) gefunden hat. In dem neuen Paragraphen 1901a BGB wird die Patientenverfügung definiert als das Schriftstück eines einwilligungsfähigen Volljährigen, der für den Fall seiner Einwilligungsunfähigkeit festlegt, ob er in bestimmte zum Zeitpunkt der Festlegung noch nicht unmittelbar bevorstehende Untersuchungen seines Gesundheitszustandes, Heilbehandlung oder ärztliche Eingriffe einwilligt oder sie untersagt (Patientenverfügung). Kommt der gerichtlich bestellte Betreuer oder der Vorsorgebevollmächtigte (beide sind gleichberechtigt) zu dem Ergebnis, dass die Festlegungen in der Patientenverfügung auf die aktuelle Lebens- und Behandlungssituation zutreffen, dann hat er dem Willen des Betreuten Ausdruck und Geltung zu verschaffen. Selbstverständlich kann eine Patientenverfügung jederzeit formlos widerrufen werden.

Zum mutmaßlichen Willen des Patienten

Liegt keine Patientenverfügung vor, oder treffen die Festlegungen in der Patientenverfügung nicht auf die aktuelle Lebens- und Behandlungssituation zu,



Alfred v. Hofacker
In der SPD Icking –
Politik, Soziales,
Hospizhelfer

dann – sagt das Gesetz – hat der Betreuer bzw. der Bevollmächtigte die Behandlungswünsche oder den mutmaßlichen Willen des Betreuten zu ermitteln. Dabei sind insbesondere frühere mündliche oder schriftliche Äußerungen, ethische oder religiöse Überzeugungen und sonstige persönliche Wertvorstellungen des Betreuten zu berücksichtigen. Dies alles gilt, nach dem Willen des Gesetzgebers, unabhängig von Art und Stadium einer Erkrankung des Betreuten.

Zur so genannten medizinischen Indikation

Gemäß dem neuen Paragraphen 1901b BGB hat der behandelnde Arzt zu prüfen, welche ärztliche Maßnahme im Hinblick auf den Gesamtzustand und die Prognose des Patienten indiziert ist, d.h. medizinisch noch sinnvoll erscheint. Er und der Betreuer bzw. der Bevollmächtigte erörtern diese Maßnahme unter Berücksichtigung des Patientenwillens als Grundlage für die zu treffende Entscheidung. Soweit das Gesetz. Die Frage nach der Sinnhaftigkeit ärztlichen Handelns ist zwar in den Standesrichtlinien der Bundesärztekammer schon seit längerer Zeit verankert, wird aber leider in der Praxis häufig vernachlässigt. Das wird sich, so hoffe ich, aufgrund des neuen Gesetzes in Zukunft ändern. Wenn ein Patient nur noch mit Hilfe einer Magensonde oder eines Beatmungsgeräts künstlich am Leben gehalten wird, dann sind solche Maßnahmen, unabhängig von dem Vorliegen einer Patientenverfügung, möglicherweise schon medizinisch nicht mehr indiziert.

Meine Meinung

Als praktizierender Hospizhelfer bin ich sehr froh, dass sich der Entwurf des SPD-Abgeordneten Stünker durchgesetzt hat, gibt doch das neue Gesetz den bisherigen Stand höchstrichterlicher Rechtsprechung wieder. Auch bedürfen die etwa 9 Millionen bereits errichteten Patientenverfügungen in unserem Land keiner Anpassung bzw. Ergänzung. Sehr wichtig ist mir auch, dass, wenn keine schriftliche Patientenverfügung vorliegt, der so genannte mutmaßliche Wille des Patienten zu ermitteln ist; an und für sich eine Selbstverständlichkeit, da jeder ärztliche Eingriff ohne Einwilligung des Patienten schon immer eine strafbare Körperverletzung darstellte.

Fazit

Zusammenfassend ist zu sagen: das neue Gesetz zur Patientenverfügung hat das im Grundgesetz verankerte Selbstbestimmungsrecht im Sterben bestärkt. Heribert Prantl hat das Gesetz in einem Leitartikel der SZ vom 20./21.06.2009 ein historisches Gesetz genannt, u. a. deshalb »weil dieses Gesetz dem Kranken nach vielen Jahrhunderten der finalen Entmündigung ein Recht gibt auf den eigenen Tod. Die Medizin und früher die Kirche hatten dem Kranken dieses Recht fürsorglich aus der Hand genommen.« Und doch meine ich, und hier möchte ich mich den Worten unseres großen Philosophen Emanuel Kant anschließen, der gesagt hat, es gebe Sachen, die nie Fall einer Regel werden dürften. Die Entscheidung über Leben und Tod lässt sich nicht zum Fall einer Regel, nicht zum Gesetz machen; es geht immer um ein Schicksal.

IMPRESSUM

Der Schaukasten wird herausgegeben vom
SPD Ortsverein Icking
V.i.S.d.P.: Arndt Spahn
Redaktion: G. Jakobi (Tel. 5755)
L. Haeberlein, A. v. Hofacker, F. Schoppe
Auflage: 1300 Stück, gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.
Druck: SPD-Druckerei

Alle Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar.

Ickinger Theater – fast eine Institution

Von Gerhard Jakobi

Zum 14. Mal hat vor wenigen Wochen das Ensemble um Stefan Mayer-Voigt die Ickinger Bürger und viele andere Menschen aus der Umgebung oder auch von weiter her mit seiner Aufführung begeistert. Diesmal gab's was zum herzlichem Lachen. Es war köstlich, die Freundinnen und Freunde von nebenan mal so ganz anders zu erleben. Welche nicht genutzten Talente und Fähigkeiten da plötzlich sichtbar werden!

Sehr belustigend aber auch, welche skurrilen Rollenwechsel da von ganz besonderer Pikanterie entstanden sind: Die Pädagogin (Ingrid Vogel), im Leben Inbegriff für Ordnung und Moral, wird da zur frivolen Puffmutter (umwerfend und mutig in ihrer Aufmachung). Der hochsensible Psychologe (Christian Mühlendorfer) erweist sich als rabiater und leicht exhibitionistisch geneigter Rausschmeißer, der seine unerwarteten (und anscheinend nicht gewillten) Gäste brutal zu Boden bringt. Der Urologe (Andreas von Beckerath) tritt seinen Diener ungehemmt und ausgiebig ausgerechnet dahin, wo er üblicherweise beruflich äußerst vorsichtig zu Werke geht. – So etwas erlebt man eben nur in einem Laientheater.

Das alles war zudem hervorragend inszeniert und von den Laien mit großer Leidenschaft dargeboten. Den Beteiligten hat das sicher selbst den größten Spaß gemacht. Aber über den reinen Unterhaltungswert hinaus ist das Theater der Ickinger Laienbühne auch ein Ausdruck von Gemeinsamkeit, die das



Publikum mit einschließt. Man kommt sich, obwohl selbst von der Bühne getrennt, näher, es wird plötzlich fast intim, wenn z.B. die Bierbank nicht mehr lang genug ist für den 6. Mann oder die 7. Frau.

Kurzum, ich finde, das Ickinger Theater ist ein tolles Angebot. Das Engagement von Stefan Mayer-Voigt kann man nicht hoch genug einschätzen. Gratulation und Dank an ihn und sein Ensemble für diese Bereicherung unseres dörflichen Lebens!

In einem Schloss wohnen – wie schön!

Von Dr. Fritz Schoppe

Man schlendert durch die Empfangshalle, vorbei an wertvollen Möbeln und Kunstgegenständen, durch einen eleganten Salon und betritt die sonnige Terrasse, auf der schon bequeme Sessel bereit stehen. Man lässt sich nieder und bewundert den gepflegten Schlosspark. Die Sache hat nur einen Haken – sie ist sauteuer. Man müsste also jemanden finden, dem man die Kosten aufbinden kann.

Die Bayerische Staatsregierung hat dafür jemanden gefunden: uns, die Steuerzahler. Die Staatsregierung hat neuerdings nämlich so ein Schloss. Es steht in Brüssel – in alter vornehmer Bauart, in einem schönen Park. Die Süddeutsche Zeitung brachte davon kürzlich ein interessantes Foto.

Das Ganze ist eine Frechheit

• zuerst behindert unser Ministerpräsident Seehofer die Europapolitik unserer Bundesregierung nach Kräften mit Prozessdrohungen und politischem Druck.

• dann beschafft er sich in Brüssel ein Schloss und will von da aus Europa-Politik machen. An der Bundesregierung vorbei, obwohl er dafür überhaupt nicht zuständig ist, keine Kenntnisse hat und auch nichts erreichen kann.

Es ist das alte psychologische Problem – je weniger einer erreicht, desto großmächtiger will er auftreten. Kürzlich fragte ich einen belgischen Geschäftsfreund nach seiner Meinung zu dem Schloss. Er antwortete ironisch: »Was will Bayern in Brüssel mit einem Schloss? Etwa das Oktoberfest feiern?« Das Schloss hat also dem Ansehen Bayerns eher geschadet.

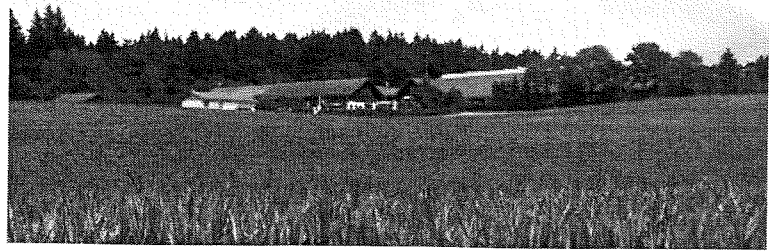
Wir schätzen die Gesamtkosten eines solchen Projektes (Miete, Personal, Unterhalt, Reisen, Verbrauch usw.) auf größenordnungsmäßig etwa 1 Million € pro Jahr. Darum fordern wir, dass die Staatsregierung das Schloss wieder abgibt und mit dem so ersparten Geld unsere Milchbauern unterstützt.

Staunen erlaubt

Von Gerhard Jakobi

Nun kann es jeder nachlesen. Im Internet unter www.agrar-fischerei-zahlungen.de finden wir, was uns die CSU und die Oberen des Bayerischen Bauernverbandes nicht so gerne offen legen wollten, nämlich die Verteilung der EU-Fördergelder für die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft. Sieht man die Zahlen für das Jahr 2008, darunter auch die der Gemeinde Icking, dann fragt man sich, warum man sich da eigentlich so zierte?

Da gibt es doch nichts, wofür man sich schämen müsste, oder? Schließlich ist doch sicher alles mit rechten Dingen zugegangen. Dass da einige unserer Mitbürger im Jahre 2008 zwischen 456,72 € und 19.246,48 € aus dem EU-Fonds für Landwirtschaft und Fischerei erhalten haben, ist noch nachvollziehbar, auch, wenn da mal ein Arzt (allerdings nur mit lausigen 488,44 €) darunter ist. Bei Evi Brandl (wohl wegen Gut Wadlhausen) sind die 77.611,16 € ja zu erwarten gewe-



Gut Wadlhausen – Geschichte von Massentierhaltung und Monokulturen

sen. Schließlich wird seit langem beklagt, dass die Großbetriebe mit ihrer quasi industriellen Agrar-Produktion und auf der Basis von Monokulturen und Massentierhaltung unverständlicherweise die höchsten Zuwendungen erhalten, die Kleinbetriebe mit ihrem weitaus effektiveren, naturschützenden Verfahren aber am Existenzminimum gehalten werden. Bis hierher also nichts Neues, kein Grund zu weiterer Aufregung.

Man hält aber unwillkürlich die Luft an, wenn man liest, dass der einsame Spitzenreiter bei den Agrarfonds-Zuwendungen in Icking ein »Land- u. Forstw. Betr. m.b.H. Schloss Storkau« ist mit fast 3/4 der gesamten Ickinger Zuwendungssumme. – Hoppla, da staunt der Laie und der Fachmann wundert sich.

Und man fragt sich, was steckt dahinter? –

Ich gehe noch einmal ins Internet und lande am Ichoring 9 in Icking. Unter dieser Adresse firmiert als Empfänger der 623.598,03€ die »Hotel-Betriebsgesellschaft Schloss Storkau m.b. H.«

So, so, da sind sie also geblieben, meine Steuern: In einem Anwesen mit Nobelherberge in einem Schloss an der Elbe, in Brandenburg. Und ich dachte, die paar Euro, die von meiner Rente abgezogen werden und in den Agrartopf der EU wandern, landen dann wenigstens bei meinen bäuerlichen Nachbarn! Die schufte schwer für einen miesen Milchpreis und tun meist viel für die Intakthaltung unserer natürlichen Landschaft. Aber solche Erwartungen sind wohl zu schlicht.

NACHGEFRAGT

Offener Brief an die Bürgermeisterin und den Gemeinderat

Den Presseberichten konnten wir entnehmen, dass die Vergabe der Baugrundstücke im Rahmen des Einheimischen Modells in Icking recht schleppend verläuft und die Bewerbungen sich in Grenzen halten. Das lässt aufhorchen, denn bisher sind wir immer davon ausgegangen, dass die Gemeinde hier eher eine Mangelverwaltung zu lösen hat.

Kann es sein, dass es auch daran liegt, dass in der angepeilten Zielgruppe immer noch viele Kandidaten sind, bei denen das Angesparte – trotz des relativ günstigen Grundstückspreises – nicht ausreicht, diese erste Hürde zu nehmen? Und wenn das so ist, die finanzielle Leistungsfähigkeit des Bewerbers aber grundsätzlich ausreichend ist, dann stellt sich erneut die schon früher im Gemeinderat behandelte Frage, ob wir hier nicht mit der Vergabe der Grundstücke auf Erbpacht-Basis behilflich sein können?

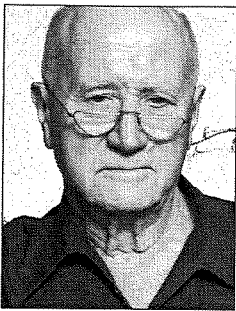
Was spricht dagegen? Andere Gemeinden – auch die katholische Kirche – gehen grundsätzlich diesen Weg.

Mit freundlichem Gruß
Gerhard Jakobi

Ihre 823.- € sind weg – die von Ihren anderen Familienmitgliedern natürlich auch!

Von Dr. Fritz Schoppe

Man könnte für diese bedauernswerten Leute, die dafür verantwortlich sind, wohl mehr Verständnis haben, wenn es nicht gerade um unser Geld ginge. Zunächst einmal sind es sicherlich anständige und bemühte Leute, die z.B. in den bayerischen Bezirken für die CSU arbeiten. Einige kamen dann auch als Minister in die bayerische Staatsregierung, etwa aus Proporzgründen, damit alle Landesteile einigermaßen gleich vertreten sind. So weit, so gut.



Dr. Fritz Schoppe
Unternehmer
Gründete vor 39 Jahren
den SPD-Ortsverein
Icking

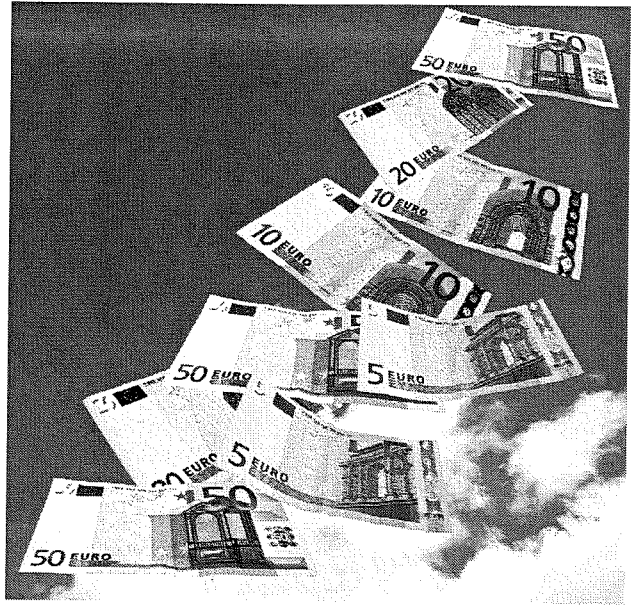
Von Bayern nach Singapur

Dann aber begann die Katastrophe, denn einige dieser Minister wurden in den Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank entsandt. Sie sollten dort die Tätigkeit des Vorstandes überwachen. Sie fanden sich damit in einer völlig anderen Welt wieder, in der der internationalen Hochfinanz. Sie flogen dann (natürlich 1. Klasse) nach Singapur und vergaben dort u. a. Darlehen über 600 Millionen;

dann ging es weiter nach New York, wo die Landesbank in einem der teuersten Viertel eine ganze Luxusetage als Büro hat. Dazu kamen dann Dinge wie die fremden Sprachen und die ganz andere Geschäftswelt, die alles so schwierig machten.

...von da an ging's bergab

So ist es kein Wunder, dass diese armen Minister nur einen Teil dessen verstanden, was sich um sie herum abspielte und was sie als Verwaltungsrat der Bank zu entscheiden hatten. Das Ergebnis waren Verluste der Landesbank in Milliardenhöhe, im letzten Jahr allein 5 Milliarden €. Die Landesbank stand damit vor dem Konkurs. In letzter Minute nahm die Bayerische Staatsregierung dann ein Darlehen von 10 Milliarden € auf – also 823.-€ pro Einwohner Bayerns – und gab dieses Geld der Landesbank als frisches Kapital. So war die Landesbank – zunächst einmal – gerettet. Die Verluste der Landesbank gehen aber weiter. Ob die obigen 823.-€ jedes Einwohnern jemals zurückgezahlt werden können, ist unwahrscheinlich. Dann wird wieder »frisches« Kapital gebraucht. So ist die



Landesbank eine permanente Verlustquelle. Darum hat der Sachverständigenrat schon 2008 ein Ende der Bayerischen Landesbank gefordert, zumindest aber ihren Zusammenschluss mit anderen, besser geführten Banken. Wie Altbundeskanzler Helmut Schmidt am 9.7.2009 in der ZEIT schrieb, hat jedoch bis heute »das eigensinnige Geltungsbedürfnis der Ministerpräsidenten eine tragbare Lösung verhindert.« Dies gilt insbesondere für den bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer.

Es geht auch ohne Landesbank

Wir fordern daher die Abschaffung der Bayerischen Landesbank. Wir brauchen keine teuren Büros in Singapur und New York. Bereits ein kleiner Teil der so gesparten Milliardenbeträge genügt dann völlig, den Mitarbeitern der Landesbank eine vernünftige, neue Zukunft zu schaffen. Der dann noch verbleibende kleine Rest an Bankgeschäft in Bayern ist bei den Sparkassen viel besser aufgehoben. Die Sparkassen haben solide Bilanzen vorgelegt. In den Aufsichtsräten der Sparkassen finden sich sachkundige Fachleute – auch von der SPD. Die Münchner Stadtparkasse hat trotz der weltweiten Finanzkrisen das beste Ergebnis ihrer Geschichte vermeldet (SZ vom 22.6.09). Sie wird ebenfalls im Wesentlichen von SPD-Fachleuten beaufsichtigt.

Auszüge aus einer Abiturientenrede 2009 im Gymnasium Kloster Schäflarn



Steph Kaschewski
Abiturientin 2009
Jugendleiterin

Von Steph Kaschewski

**Wissen Sie eigentlich, warum –
Haben Sie schon mal gesehen, dass –
Haben Sie sich schon mal gefragt, ob –**

Weil, ich frag mich andauernd. Ich frag mich, warum die Welt so merkwürdig, so stinkend, so arm, so ätzend ist. Warum Leute in meinem Alter keine Zähne mehr haben und weinend, so kurz vorm Tod, noch für ein paar kitschige Werbesekunden hinhalten, warum ein paar eiskalte Menschen in Anzügen so viel Geld verdienen für so wenig Nachdenken?

Wundere mich, wie ich so das Leben meiner Freunde im Internet angucken kann, statt sie anzurufen, frage mich einfach ab und zu, wundere mich, wenn alle Politiker wild Besserung versprechen und big spender spielen und wir werden das mal bezahlen. Wie soll das gehen? Bin ich allein mit meinem Gefühl, dass alle lügen, alle ihre Ellbogen ausfahren und sich nach vorne boxen, dass anscheinend immer weniger wählen gehen? Warum Atommüll einfach verbuddelt wird und wir uns auf eine tikkende Zeitbombe setzen, warum alle von der Krise reden, obwohl ich gerade groß werden will. – Hat jemand den AUS-Knopf gedrückt?

Hallo? - Ist da jemand?

Wisst ihr was, ich hab keinen Bock, dass unser Planet beim Pokern der großen Bosse verzoxt wird. Die wurden ja nicht mal gewählt. Nein, keine Lust, das Erbe einer Generation anzutreten, der sowieso niemand etwas zutraut, die sowieso jeder bemitleidet, die niemand mehr ernst nimmt. Die Welt hat sich durch Globalisierung und Vernetzung so sehr verändert. So verwirrend und vielschichtig und komplex. Die Themen verlieren ihr dazugehöriges Gesicht. Dazu wird alles aufgezeichnet, man ahnt die Anzahl der Spuren und Daten, die man hinterlässt. Es entwickelt sich bei mir z.B. eine regelrechte Paranoia, wenn ich die Kameras im Alltag zähle oder im Internet bin. Ich glaube auch, dass das richtig ist, aber es ist so anstrengend, man fühlt sich so unwohl. Wie soll man sich was trauen, wenn man ständig beobachtet wird? Es wird einem systematisch der Mut genommen und Zweifel eingeflößt, ob man wirklich das Richtige tut.

Wir sind nicht nur eine abgebrühte Generation, wir müssen auch noch spießig werden. Wir müssen auf einmal über Altersvorsorge nachdenken, Eigentumswohnungen und die Sicherheit am Arbeitsplatz. Schnell das Studium durchziehen, und am besten mit 23 Doktor machen. Ja logo. Was zum

Heiraten finden, vorläufig. Hält ja eh nicht. Das wird uns immer erzählt. Und es klingt etwas komisch für einen Abiturienten, wenn er weiß, er muss bald drei Rentner UND sich selber füttern.

Warum WIR? Was soll das? Alle Katastrophen auf einmal, schmelzende Kontinente, alles in Plastikfolie eingepackt, Kinder, die schon mit 13 Sex haben. Wir in dicker Dekadenz, woanders gnadenloser harter Hunger. Überall Kameras und Beobachtung und eine Angst wie im Mittelalter. Politiker, die reden, aber nichts sagen, die so wenig Profil haben, dass sie für jeden wählbar sind, aber irgendwie stört das niemanden mehr. Es gehört zum Ton dazu, und bald gibt es eh keine Arbeit mehr, – Vogelgrippe, Schweinepest, Genfood.

Warum sind wir nicht gegen dagegen gegen alles brennen alles ab kommt wir fahren fahren viel zu schnell trinken beim fahren rufen parolen wenn wir brennen und aufstand machen und trinken beim aufstand machen und schlafen alle miteinander beim protestieren schlafen nie und fahren dagegen gegen den protest auf plakaten reden reden dagegen aufgemischt aufgemischte plakatparolen aufgewühlt wühlen wir in der scheiße schreiben songs drüber wenn wir protestieren politische songs songs die singen gegen das schlechte mitmischen und alles im fahren im vorbeifahren und schocken sie alle dagegen jawohl mischen aufmischen aufgewühlt megacool alle mit allen besoffen umschmeißen dagegen faust hoch und so weiter!

Hey, aber mal im Ernst. Wir sind doch nicht blöd. Wir machen doch nicht einfach alles anderen nach. Natürlich, frühere Zeiten waren cool, waren revolutionär, waren filmreif, waren romantisch. Aber soviel Stolz muss sein, nicht einfach COPY und TASTE drücken. Unser Weg ist nicht schnell. Weder laut noch auf den ersten Blick erkennbar. Und schon gar nicht in den Schlagzeilen. Unser Weg wird genauso komplex und fließend sein wie die Welt, vor der wir stehen.

Es ist nicht mehr an der Zeit, von außen gegen die Burgmauer zu pinkeln, wenn man den König doof findet. Es ist an der Zeit, sich reinzuschleusen und die Burg von innen zu sprengen. Wir sind womöglich nicht zu beneiden. Wir sind womöglich voller Ängste und Unsicherheit. Wir werden unseren Weg gehen. Bestimmt langsam und ungesehen. Aber wir werden ihn gehen. Keine Sorge, wir werden das Ding schon schaukeln.

Und wisst ihr was? Ich freu mich schon drauf. – Danke